

Stuttgarter Zeitung vom 4.2.2021 Hilke Lorenz

Ein kirchliches Gütesiegel für Bordelle

Die Diakonie Karlsruhe arbeitet mit Bordellbetreibern zusammen. Frauenorganisationen protestieren dagegen. Hilke Lorenz

Karlsruhe. Zurückhaltend formuliert könnte man sagen, das Diakonische Werk Karlsruhe betreue Neuland. Die Traumatherapeutin Ingeborg Kraus hingegen wählt drastischere Worte. Sie sagt: „Das Diakonische Werk Karlsruhe vollzieht den Schulterchluss mit den Bordellbetreibern.“ Denn die evangelische Einrichtung will künftig ein Qualitätssiegel der besonderen Art vergeben. Das in Zusammenarbeit mit bislang zwölf Bordellbetreibern und Prostituierten ausgelobte Gütesiegel ist für Prostitutionsbetriebe bestimmt, „die sich zur Einhaltung von Standards im Hinblick auf den Schutz und das Wohl der Frauen verpflichten“. Gemeinsam haben die Karlsruher Diakonie und Bordellbetreiber einen Forderungskatalog erarbeitet. Das Papier nimmt das Verbot der Prostitution durch die Coronaverordnung Baden-Württembergs und der Stadt Karlsruhe zum Anlass, einmal grundsätzlich über die Regelungen zur Prostitution nachzudenken – und Forderungen aufzustellen. Und es kommt zu dem Schluss, „dass ein generelles Verbot der Prostitution nicht zielführend sein kann“. Die Diakonie Karlsruhe sieht das als Beitrag jenseits aller Ideologien. Gemeinsam fordern die Kooperationspartner für die aus dem europäischen Ausland und hier auf selbstständiger Basis in der Prostitution Arbeitenden etwa Grundkenntnisse in deutscher, zumindest in englischer Sprache. Illegale Prostitutionsstätten in Hotel und Wohnungen sollen geschlossen werden. Im Gegenzug wollen die sogenannten Sexarbeiterinnen sowie Bordellbetreiber Anfängerschulungen etwa im Kundenumgang oder Unterstützung bei Spezialisierung in bestimmten Sparten des Prostitutionsgewerbes anbieten. Das Diakonische Werk bietet neben der Schaffung von Ausstiegsapartments und der sozialpädagogischen Begleitung auch die Erarbeitung einer Konzeption für „einen geregelten Straßenstrich“ – und eben das Qualitätssiegel. Nicht nur Ingeborg Kraus fragt sich, ob sie richtig gelesen hat. Ein Puff-Siegel und die Optimierung des – nach deutscher Gesetzgebung legalen – Bordellbetriebs mit dem Segen der Kirche? Aus dem Stand haben in den vergangenen Tagen 147 Einzelpersonen und 36 Hilfsorganisationen den offenen Brief unterschrieben, den Kraus an die Mitglieder des Rates der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD), den Aufsichtsrat der Diakonie Baden und den Karlsruher Dekan Thomas Schalla geschrieben hat. Kraus fordert darin insbesondere die Diakonie Baden auf, sich „komplett und öffentlich von diesen Kooperationen zu distanzieren“. Die Diakonie Baden als auch die EKD erklären auf Anfrage, keine offenen Briefe zu kommentieren – und schweigen. Kraus sieht die Kirchen in der gesamtgesellschaftlichen Verpflichtung, Frauen vor männlicher Gewalt zu schützen und ein Klima herzustellen, in dem es nicht in Ordnung sei, einen anderen Menschen für das Ausleben der eigenen Triebe zu kaufen und zu benutzen. Sie verweist auf das Europäische Parlament, nach dessen Überzeugung Prostitution den Menschenrechtsprinzipien wie etwa der Gleichstellung der Geschlechter widerspreche. Argumentative Unterstützung, dass auch die vermeintlich saubere Welt der geregelten Prostitution nur Wunsch, aber nicht Wirklichkeit ist, bekommt Kraus von Experten. Der Augsburger Ex-Ermittler Helmut Sporer hat jüngst bei einer Anhörung im nordrhein-westfälischen Landtag erklärt, egal, ob man von einem Anteil von 60 oder 90 Prozent der unfreiwillig als Prostituierte Arbeitenden ausgehe, der Anteil sei in jedem Fall zu hoch. Man muss das Kooperationspapier als Positionspapier verstehen, das nicht nur auf die Situation in Karlsruhe abzielt. Denn unterschrieben ist es auch von einer Prostituierten aus Nordrhein-Westfalen und dem Stuttgarter City Eroscenter, das der Ex-OB-Kandidat John Herr betreibt. Aufgenommen in den Forderungskatalog ist auch

ein Passus, der die Handschrift der Bordellbetreiber trägt. Ihnen ist die Aufklärungsarbeit von Organisationen wie Solwodi, Sisters und anderen, die ein Sexkaufverbot fordern, ein Dorn im Auge. Gemeinsam mit der Karlsruher Diakonie fordern sie, dass öffentliche Gelder nur an Fachberatungsstellen vergeben werden sollen, die sich in ihrer Arbeit an der gültigen Rechtslage orientieren. Einseitige ideologische und politische Positionen sollten dabei ausgeschlossen werden. Zufall oder Absicht, dass die Vereinbarung in die Zeit fällt, in der sich über 50 Bordellbetreiber zusammengeschlossen haben, um die SPD-Bundestagsabgeordnete Leni Breymaier wegen Verleumdung anzuzeigen? Sie hatte Bordellbetreibern kriminelle Machenschaften unterstellt und fordert seit Jahren ein Sexkaufverbot für Deutschland.